

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Rudi Arndt MdEP, Erster
Vizepräsident der Sozial-
listischen Fraktion im
Europäischen Parlament
lobt die Durchsetzungs-
fähigkeit des Straßburger
Parlaments bei den jün-
gsten Haushaltsberatungen.

Seite 1-3

Dr. Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesmini-
ster für Raumordnung, Bau-
wesen und Städtebau, nennt
 Eckdaten der künftigen
Wohnungsversorgungspolitik.

Seite 4-6

Anke Fuchs, Parlama-
ntarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für
Arbeit und Sozialordnung,
ruft auf zur aktiven Be-
wältigung der schlimmsten
deutschen Vergangenheit.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 3

6. Januar 1981

Europa-Parlament setzt sich durch

Von Rudi Arndt MdEP
Erster Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

"Ah, da kommt einer von denen, die nichts zu sagen haben," so wortwörtlich begrüßte mich ein Mitglied der Bundesregierung auf dem SPD-Parteifest in Frankfurt nach der Bundestagswahl. Er gab damit wohl nur einer in Bonn, aber auch in weiten Teilen der deutschen Presse verbreiteten Meinung Ausdruck. Nur entspricht diese in Bonn vorherrschende öffentliche Meinung nicht der Wirklichkeit. Das zu Beginn zitierte Kabinettsmitglied wird sich sicher darüber freuen, daß das direkt gewählte Parlament sich beim Haushalt 1981 und beim Nachtragshaushalt 1980 der Europäischen Gemeinschaft gegen den Ministerrat durchsetzen konnte; wurden dadurch doch politische Grundsätze verwirklicht, die sich die SPD auf ihre Fahne geschrieben hat und die die Bundesregierung wegen außenpolitischer Rücksichtnahme im Ministerrat nicht durchsetzen konnte.

Um die Auseinandersetzungen zwischen den neun Regierungen der Mitgliedstaaten im Ministerrat und dem Parlament verstehen zu können, muß man auf die Ablehnung des Haushalts 1980 durch das Europäische Parlament im Dezember 1979 zurückkommen. Damals hatte der Ministerrat es abgelehnt, 100 Millionen Erc (= 250 Millionen DM) aus dem Agrarhaushalt zu streichen und in das Kapitel für Reserveausgaben für Strukturverbesserungsmaßnahmen zu übertragen. Außerdem lehnte der Ministerrat eine Aufstockung der Ausgaben für Regional- und Sozialpolitik in Höhe von circa 100 Millionen Erc (= 250 Millionen DM) sowie eine stärkere Kontrolle des Parlaments über den Regional- und den Entwicklungsfonds ab. Unter maßgebender Führung deutscher Sozialdemokraten und des Berichterstatters Dankert, holländisches Mitglied der Sozialistischen Fraktion, kam eine Mehrheit von Sozialisten, Christdemokraten, italienischen Kommunisten, Konservativen und einigen Liberalen zustande, die den Haushalt 1980 deshalb mit der erforderlichen zwei Drittel Mehrheit ablehnte. Der Sozialdemokratische Parteitag 1979 in Berlin sprach sich übrigens fast einstimmig für diese Haltung aus.



Leider zerbrach diese Haushaltsmehrheit dann im Juni 1980 bei der Abstimmung über den neu eingereichten Haushaltsentwurf. Während die Sozialistische Fraktion zusammen mit einigen anderen die alte Position aufrechterhielt, gaben die Christdemokraten für ein "Taschengeld" - alles in allem cirka 40 Millionen Ere (= 100 Millionen DM) nach.

Bei der 1. Lesung des Haushalts 1981 gelang es der Sozialistischen Fraktion bei fast allen ihren Anträgen wieder, die Haushaltsmehrheit von mindestens 206 Stimmen zustande zu bekommen. Man hatte sich auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert, Streichungen im Agrarhaushalt, Entwicklungshilfe, Energiepolitik, Regional- und Sozialpolitik. Diese Haltung des Parlaments blieb nicht ohne Eindruck auf den Ministerrat. Er akzeptierte, 250 Millionen Ere (= 625 Millionen DM) aus dem Agrarhaushalt in das Kapital für Reserveausgaben zu übertragen (1980 hatte er nur 100 Millionen noch abgelehnt) und 50 Millionen Ere (= 125 Millionen DM) Subventionen wegen Überproduktion bei Magermilchpulver ganz zu streichen.

Außerdem nahm er Anträge des Parlaments im Bereich der Regional- und Sozialpolitik, der Energiepolitik und der Entwicklungshilfe in Höhe von 281 Millionen Ere (= cirka 700 Millionen DM) Verpflichtungsermächtigungen (Kommission darf bewilligen) und 183 Millionen Ere (= cirka 460 Millionen DM) Zahlungsermächtigungen (Kommission darf auszahlen) an.

Dies entsprach allerdings noch lange nicht den Vorstellungen des Parlaments. Vor allem fehlten noch cirka 200 Millionen Ere (= 500 Millionen DM) im Bereich der Entwicklungshilfe, der Energie- und der Sozialpolitik und zwischen 100 und 150 Millionen Ere (= 250 - 375 Millionen DM) für die Regionalpolitik. Da es inzwischen durch Mehreinnahmen und Minderausgaben im Haushalt 1980 möglich war, Zahlungen an Großbritannien von 1981 nach 1980 vorzuerlegen und damit den Haushaltsentwurf des Ministerrats um cirka 220 Millionen Ere (= 550 Millionen DM) zu reduzieren, wäre es durchaus möglich gewesen, ohne Ausweitung des Haushalts 1981 und ohne Erhöhung der vorgesehenen nationalen Leistungen den Anträgen des Parlaments weitgehend zu entsprechen. Doch der Ministerrat suchte erneut die Kraftprobe und lehnte mit Mehrheit unter französischer und deutscher Führung die Anträge des Parlaments ab.

Nun entwickelte die Sozialistische Fraktion über ihren Berichterstatter Dankert eine Taktik, die mit der rechtlichen Grundlage übereinstimmte und dem Rat aufzeigte, daß das Parlament in den Aufgabenbereichen, die nicht obligatorisch sind, das heißt die sich nicht unmittelbar und direkt aus den Römischen Verträgen ergeben, eine starke Position hinnehmen kann. Es kann diese Beträge nämlich im Rahmen eines sich aus dem Bruttosozialprodukt und der Höhe des Haushalts ergebenden Höchsteinsatzes mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Dieser Rahmen war durch den Entwurf des 2. Nachtragshaushaltes 1980 für die Katastrophenhilfe in Italien und notwendige Auszahlungen im sozialen Bereich so erhöht worden, daß das Parlament für 1980 weitere 200 Ere (= 500 Millionen DM) zur Verfügung hatte. Um diesen Betrag erhöhte es den 2. Nachtragshaushalt für Maßnahmen der Regional- und Sozialpolitik und ermächtigte gleichzeitig die Kommission, diese Mittel auf 1981 zu übertragen. Fast einstimmig, nur mit Ausnahme der französischen Kommunisten und eines Teils der Gaullisten, votierte das Parlament für den Vorschlag des sozialistischen Berichterstatters.

Leider hielt diese Mehrheit wieder nicht bis zur Verabschiedung des Haushalts 1981. Mit knapper Mehrheit wurde der Vorschlag der Sozialistischen Fraktion entsprechend der bisherigen Haltung 160 Millionen Ere (= 400 Millionen DM) für Entwicklungshilfe und Energiepolitik zusätzlich zu beschließen, abgelehnt. Ausschlaggebend waren wieder die Christdemokraten, die noch 24 Stunden zuvor sich gerade für diese Anträge im Plenum ausgesprochen hatten. Sie stimmten teilweise sogar gegen die Vorschläge ihres eigenen italienischen Berichterstatters.

In der Parlamentsabstimmung gelang es der Sozialistischen Fraktion zwar in einigen Anträgen bei der Entwicklungshilfe die Mehrheit zu erreichen (148 : 144), aber die Haushaltsmehrheit von 206 Stimmen konnte gegen die cirka 90 Stimmen der Christdemokraten nicht



erreicht werden. Viele Christdemokraten fügten sich nur zähneknirschend ihrer verfehlten Fraktionsdisziplin, und es war beschämend zu sehen, wie Sozialisten, italienische Kommunisten und Liberale für und Christdemokraten gegen ihre eigenen Anträge stimmten. So kam die Haushaltsmehrheit nur für 60 Millionen Ecu (= 150 Millionen DM) Verpflichtungsermächtigungen und circa 30 Millionen Ecu (= 75 Millionen DM) Zahlungsermächtigungen zustande. Dies war immerhin noch ein Betrag, der deutlich über dem vom Ministerrat genannten Limit lag.

Daß die Mehrheit des Hauses mit dem seltsamen Spiel der Christdemokraten nicht einverstanden war, zeigte sich, als auf Antrag der Sozialistischen Fraktion der Beschlußvorschlag des christdemokratischen Berichterstatters mit deutlicher Mehrheit gegen die Stimmen der Konservativen und der Christdemokraten abgelehnt wurde.

Damit war das Verfahren über den 2. Nachtragshaushalt 1980 und den Haushalt 1981 allerdings nicht abgeschlossen. Noch konnte der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit ablehnen und eine erneute Entscheidung des Europaparlaments erzwingen. Trotz französisch-deutschen Bemühens kam diese Mehrheit am 22. Dezember in Brüssel jedoch nicht zustande, und der Haushalt konnte festgesetzt werden. Das Europaparlament hatte sich weiter und deutlicher durchgesetzt als selbst Optimisten vor wenigen Wochen noch erwarteten.

Die Sozialistische Fraktion unter maßgebendem Einfluß der Sozialdemokraten kann für sich in Anspruch nehmen, diese Entwicklung angeführt zu haben. Den Christdemokraten ist ins Stammbuch zu schreiben, daß sie in entscheidenden Momenten der Mut verließ und ihre zu starke Kompromißbereitschaft vom Ministerrat nicht honoriert wurde. Man kann nur wünschen, daß sie sich als zweitstärkste Fraktion wieder auf die vorher in Übereinstimmung mit unserer Fraktion verkündeten Grundsätze besinnt und dann auch durchhält. Den Vertretern der Deutschen Bundesregierung allerdings muß gesagt werden, daß die von ihr praktizierte Doppelstrategie gegen sie selbst ausschlagen muß. Man kann nicht öffentlich landauf-landab verkünden, daß die Agrarausgaben gekürzt, die Energiepolitik und die Entwicklungshilfe verstärkt werden muß und dann im Ministerrat genau das Gegenteil beschließen. Man kommt auf Dauer nicht damit durch, wenn ein Bonner Sozialdemokrat zu den deutschen Vertretern der Sozialistischen Fraktion sagt: "Ich muß mich entscheiden, ob ich bis Sommer 1981 Krach mit den Franzosen oder mit Euch habe." Die Bundesregierung muß sich dazu entscheiden, ihre öffentlich erklärten Ziele, die die übereinstimmend erklärten Ziele der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten sind, auch in Europa zu verfolgen.

(-/6.1.1981/hi/hgs)

+ + +



Es fehlt an preiswertem Wohnraum

Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumversorgung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Wer vor wenigen Jahren, als Wohnungen "am Markt vorbei" "auf Halde" produziert wurden, gesagt hätte, es stehe eine neue Wohnungsnot bevor, der wäre milde belächelt worden. Heute gibt es keine Wohnungsnot, wie sie noch die ältere Generation unter uns kennt, aber es gibt einen deutlich spürbaren Mangel an preiswertem Wohnraum, der sich vor allem in den Ballungsgebieten und bei den einkommensschwächeren Nachfragern sehr stark bemerkbar macht.

Dieser Problemdruck, der in den vorhandenen globalen Zahlen nicht richtig zum Ausdruck kommt und nach mancher Interpretation dieser Zahlen gar nicht da sein dürfte, hat verschiedene Ursachen: Die Zahl der Haushalte, und dabei vor allem der Ein-Personen-Haushalte, steigt trotz stagnierender Gesamtbevölkerung und wird durch die geburtenstarken Jahrgänge weiter ansteigen; die qualitativen Ansprüche an das Wohnen und der Flächenbedarf pro Person sind stark gestiegen und werden weiter steigen. In Ballungsgebieten wird durch den unzureichenden Bau von Wohneigentum keine Entlastung auf den Mietwohnungsmarkt erzeugt.

Die "Herstellungskosten" für eine Mietwohnung in dem heute üblichen Qualitätsstandard verursachen eine Kostenmiete von bis zu 15 bis 25 DM pro Quadratmeter. Die Gesamtmiete, die sich aufgrund der heute üblichen Wohnflächen ergibt, ist für große Teile unserer Bevölkerung zu hoch. Wer eine solch hohe Miete tragen könnte, erwirbt in der Regel gleich Wohneigentum. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß der Markt für den freifinanzierten Mietwohnungsbau so schmal geworden ist. Am Wohnraumkündigungsschutzgesetz liegt es bestimmt nicht.

Die öffentliche Subventionierung im sozialen Wohnungsbau muß die Kostenmiete pro Quadratmeter auf 4,50 bis 6,00 DM "herunterfinanzieren". Wenn man den dazu notwendigen Geldbetrag für eine 80 Quadratmeter Mietwohnung sofort als Zuschuß zahlen würde, wären 100.000 DM öffentliche Mittel erforderlich. Tatsächlich wird aber eine langfristige Finanzierungshilfe gewährt. Das Umrechnen ist ein komplizierter Vorgang und das Ergebnis hängt von den örtlichen Bedingungen ab. In Großstädten kann bei einem hohen zusätzlichen Engagement der Kommunen dieser Betrag auf 130.000 bis 160.000 DM steigen. Bei der Förderung von Eigenheimen ist er geringer: Für die Erstellung eines Eigenheimes sind in der Regel nur 30.000 DM öffentliche Mittel erforderlich. Dies liegt zum einen daran, daß in städtischen Gebieten, wo Bauland teuer ist, so gut wie kein Eigenheimbau und damit keine Förderung stattfindet, zum anderen daran, daß jemand, der sein eigenes Haus baut, bereit ist, wesentlich größere Belastungen zu tragen als ein Mieter. Für die öffentliche Hand ist deshalb die Förderung einer Eigentumsmaßnahme billiger.

Die Wohnung ist das einzige Massengebrauchsgut das seit Bestehen der Bundesrepublik - in der Anzahl der Stunden gemessen, die für einen durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer zu seinem Erwerb notwendig sind - teurer geworden ist. Man muß freilich berücksichtigen, daß Größe und Ausstattung der Wohnungen sich ganz erheblich verbessert haben: Von 50 Quadratmeter mit Ofenheizung auf über 80 mit Zentralheizung. Alle anderen Güter sind zwar im Preis, nicht aber in der zu ihrem Erwerb notwendigen Arbeitszeit gestiegen.

Wenn die eine Million zusätzlich zum "normalen Ersatzbedarf" noch benötigten Wohnungen nur durch öffentlich geförderten Mietwohnungsbau (durch sozialen Wohnungsbau klassischer Art) geschaffen werden sollte, wäre dazu ein Investitionsaufwand der öffentlichen Haus-



halte erforderlich, der astronomische Höhen hat. Eine Million benötigter Wohnungen multipliziert mit der durchschnittlichen Fördersumme von 100.000 DM ergibt einen Betrag von circa 100 Milliarden DM. Dies ist mehr als 1979 insgesamt in die Errichtung von Wohngebäuden investiert wurde. Es ist mehr als fünfmal soviel wie die öffentliche Förderung des "Wohnens" - vom Wohngeld über den 7b bis zur Modernisierung pro Jahr ausmacht.

Eine solche Strategie der Wohnungsversorgung wäre zu teuer, von den öffentlichen Händen nicht zu finanzieren und würde gestreckt zu lange Zeiträume erfordern. Deshalb ist eine Auffächerung der Instrumente erforderlich, neue Methoden der Finanzierung müssen gefunden werden. Die Instrumente müssen so ausgestaltet werden, daß ein hoher Mengeneffekt erzielt werden kann. Teile einer solchen Auffächerung können sein:

1. Fortsetzung des Mietwohnungsbaus, verstärkt in den Bedarfsschwerpunkten der Verdichtungsräume, dabei Abkehr von dem nur speziellen Mietwohnungsbau für schwache Haushalte - stattdessen verdünnte Förderung im sozialen Mietwohnungsbau. Dies bedeutet: Anhebung der Mietobergrenzen und dadurch Einsparung von Subventionen pro Wohneinheit.
2. Förderung von Eigentumsmaßnahmen vor allem im Neubau, auch weil hier "Sickereffekte" entstehen: Durch Umzüge wird Wohnraum freigemacht.
3. Rationellere Nutzung des Bestandes durch ein Bündel von Instrumente (Umzugspolitik, Erwerb von Sozialbindungen, Lösung der Fehlförderungsproblematik und anderes).
4. Abdrängen des Eigentumserwerbs von "Betuchten" in den Neubau, um "billigen" Althausbestand zu erhalten und vor Spekulation zu schützen.
5. Schutz der Mieter vor Verdrängung durch Verkauf und Modernisierung.

In den folgenden Bereichen können dabei gesetzliche Maßnahmen in Betracht kommen:

1. Bodenversorgungspolitik: Im Planungsrecht der Gemeinden, unter Umständen flankiert durch steuerliche Maßnahmen zur Verhinderung von Bodenhortungen, um den Auftrieb der Baulandkosten zu dämpfen.
2. Erweiterung der Aufgaben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft: Ausdehnung des Versorgungsauftrages auf "Erwerb von Sozialbindungen" im Bestand.
3. Anpassung und Vereinfachung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

Bei der Finanzierung sind folgende Überlegungen zu berücksichtigen: Eine nennenswerte Ausweitung der Gesamtausgaben von Bund und Ländern für Neubau und Erhaltung von Wohnraum ist nicht zu erwarten. Eher besteht die Gefahr, daß der "reale Wert" der direkten und indirekten Fördermittel geringer wird.

Als Möglichkeiten bleiben offen:

- a) Die Kommunen werden sich finanziell stärker als bisher engagieren müssen.
- b) Der freifinanzierte Mietwohnungsbau ist für private Investorengruppen wieder attraktiv zu machen.
- c) Die Möglichkeiten für Zinsanpassungen im sozialen Wohnungsbau sind zu überprüfen.
- d) Eine "Fehlförderungsabgabe", die sowohl von Mietern als auch Eigentümern bezahlt wird.
- e) Die Möglichkeiten der Einbeziehung des Bauherrenmodells an Kombinationen mit öffentlicher Förderung sind weiter zu entwickeln. Beispiel: Die Koppelung der Steuerbegünstigung für Bauherren mit einer öffentlichen Direktförderung, um eine vermietbare Eigentumswohnung zu erlangen, die durch die öffentliche Direktförderung mit einer Sozialbindung belegt wird. Dies würde die bindungserzeugenden Förderungsmittel für



den Mietwohnungsbau strecken und die Anzahl der Objekte, die mit dem gleichen finanziellen Aufwand gefördert werden können, erhöhen.

Maßnahmen zur rationelleren Nutzung des Bestandes:

Wohnungspolitik wird in Zukunft nicht nur ein verstärktes finanzielles Engagement der Gemeinden, sondern auch mehr "Politik" der Gemeinden erfordern. Die Verbesserung der Verteilung der vorhandenen Wohnfläche auf die Haushalte macht die Entwicklung einer "aktiven Umzugspolitik" erforderlich. Hilfen bei der Vermittlung von kleineren Wohnungen an zum Beispiel durch das Hinauswachsen der Kinder kleiner gewordene Haushalte, die in zu großen Wohnungen leben, die Übernahme von Umzugskosten oder Prämien je freigemachten Quadratmeter Wohnraum können dazu beitragen, den Bestand rationeller zu nutzen. Die "Unterbelegung" öffentlich geförderten Wohnraums könnte so vermindert werden.

Der "Erwerb von Sozialbindungen" durch Ankauf oder langfristige Anmietung von Altbauten durch die Kommunen oder beauftragte gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften verbunden mit einfachen, die Miets nicht zu hoch treibenden Modernisierungen können ebenfalls das Angebot an preiswerten Sozialwohnungen aus dem Bestand heraus erhöhen. Die Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen sollte nur an die Mieter erfolgen und nicht zu einer Verminderung des Bestandes führen.

Bestandserweiterungen durch Neubau:

Vom Umfang her ist hier in erster Linie der Eigentumsbereich zu nennen. Der Gesamtumfang der steuerlichen und direkten Eigentumsförderung ist heute ausreichend; durch den Abbau überflüssiger Mitnehmereffekte und von Progressionseffekten läßt sich eine finanzielle Manövrierreserve gewinnen, die zur stärkeren familienpolitischen und regional differenzierten Ausrichtung eingesetzt werden kann. Im Mietwohnungsbau sind neue Investitionsanreize zu schaffen und klassische Investorengruppen wie die Lebensversicherungen wieder zu interessieren. Überlegungen zur Änderung des Miethöhengesetzes und zur Staffelmiete sind hier im Gange. Eine Zunahme der Investitionen im freifinanzierten Mietwohnungsbau würde den Spekulationsdruck auf Altbauwohnungen (Umwandlung in luxusmodernisierte Eigentumswohnungen) vermindern.

Bestandsverbesserung:

Bei der Förderung von Modernisierungsmaßnahmen sind die Modernisierungen durch Mieter selbst einzubeziehen. Die Instrumente zur Verhinderung von Luxusmodernisierung und Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung sind zu verbessern. Förderung von Modernisierung und Sanierung bleiben unter den Gesichtspunkten der Erhaltung des Bestandes und der Energieeinsparung Schwerpunkte der staatlichen Förderpolitik.

Für eine Versorgungspolitik für Einkommensschwache sind mithin folgende genannte Aspekte wichtig:

Bestandserweiterung durch Verstärkung des Mietwohnungsbaus und durch Eigentumsförderung, Schutz vor Verdrängung bei Modernisierung, Sicherung des Bestandes an Sozialwohnungen, Umwidmungen im Bestand: durch Bindungsankauf preiswerten Wohnraum im Bestand sichern, schnelle Anpassung des Wohngeldrechtes an die Mietentwicklung. (-/6.1.1981/hi/hgs)

+ + +



Wir sind noch nicht fertig mit Auschwitz

Zur Eröffnung der Auschwitz-Ausstellung in Bonn

Von Anke Fuchs MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

"Ich möchte immer lieber wegschauen von diesen Bildern. Ich muß mich zwingen hinzuschauen. Und ich weiß, wie ich mich zwingen muß. Wenn ich mich eine Zeitlang nicht gezwungen habe hinzuschauen, merke ich, wie ich verwildere. Und wenn ich mich zwingen hinzuschauen, merke ich, daß ich es um meiner Zurechnungsfähigkeit willen tue." So beschreibt Martin Walser seine Eindrücke über eine Auschwitz-Ausstellung. Wir, die wir all die Bild- und Schrifttafeln vor uns haben, können nachempfinden, was Walser damit ausdrücken will.

Es ist für alle, auch für die, die nach 1945 geboren sind, schwer, diese Bilder zu betrachten. Denn: In Auschwitz wurde im mißbrauchten Namen des deutschen Volkes gemordet, und auch die, die nicht schuldig wurde, bleiben in der geschichtlichen Verantwortung, wie Willy Brandt als Schirmherr dieser Veranstaltung in seinem Vorwort schreibt. Und deshalb müssen wir uns den Fragen der Opfer und auch derer Kinder stellen: Was hat man uns beziehungsweise unseren Eltern getan, und vor allem: Warum hat man es getan?

Obwohl diese Fragen heutzutage genauso schwierig zu beantworten sind, wie im Jahr 1945, nach dem Zusammenbruch, sind sie noch immer aktuell und drängen auf Antwort. Vor nunmehr genau zwei Jahren sprengte eine scheinbar triviale Fernsehserie, "Holocaust", in zahllosen Bundesbürgern Verdrängtes und Verschüttetes frei. Es gelang der Fernsehserie, Identifikation mit einer jüdischen Familie und ihrem Leidensweg zu vermitteln.

Will man ebendiese Identifikation dadurch vermitteln, daß man die verbürgte Zahl der Toten von Auschwitz dokumentiert, streift das menschliche Vorstellungsvermögen - wohl aus Selbstschutz. Ebenso ergreift es einen, der auf den Bildtafeln die Berge von Brillen, Prothesen oder auch Frauenhaar sieht. Es übersteigt das Vorstellungsvermögen.

Dennoch kann damit der Prozeß des Aufarbeitens nicht beendet sein. Ich zitiere hierzu noch einmal Martin Walser: "Es genügt ein Blick auf ein Auschwitz-Bild, und jeder gesteht sich wenigstens ein: Wir sind nicht fertig damit. Egal, was du damit machst, du kannst es nicht delegieren. Du kannst nicht bewältigen lassen!"

Es gibt wohl einige, die meinen, es müsse doch einmal Schluß gemacht werden mit der Erinnerung, warum hält man uns Nachgeborenen immer wieder vor, was in der vorigen Generation geschah? Weil es nach meiner Überlegung der einzige Weg ist, überhaupt Sinnzusammenhänge zu verstehen. Ein jüdischer Mystiker drückte dies mit einfachen und schlichten Worten so aus: "Verdrängen hält die Erlösung auf, sich erinnern bringt sie näher."

Es genügt auch nicht, bei dieser Erinnerungsarbeit schnelle Antworten parat zu haben, etwa die, man habe doch von allem nichts gewußt oder auch, ein Führer und seine Umgebung seien einem Wahn verfallen. Ich glaube, Mitscherlich hat wohl am besten ausgedrückt, daß wir Deutschen, alle Deutschen, allzu lange unfähig waren zu trauern, um dadurch eigene Verstrickungen wenigstens aufzuarbeiten, wenn nicht zu begreifen.

Dennoch: Mit Auschwitz konfrontiert zu werden, heißt keineswegs, es zu begreifen. Wer hier begreifen wollte, hätte nichts begriffen. Es entzieht sich jedem Versuch, es rein rational aufzuarbeiten und es dann aus dem Bewußtsein zu verabschieden.



Aber es erfordert den Versuch, sich ihm mit anderen Begriffen zu nähern, beispielsweise mit dem, was der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, einmal mit dem Wort "Kollektivscham" umschrieb. Und es ist auch ermutigend, daß junge Deutsche innerhalb der "Aktion Sühnezeichen" sich bereit erklären, an der Stätte der einstigen Konzentrationslager, zusammen mit anderen jungen Menschen zu arbeiten und dadurch ihren Teil der Versöhnungsarbeit zu leisten.

Natürlich können wir uns nicht allesamt einer derartigen Konfrontation stellen. Aber wir alle können - das heißt jeder einzelne kann sich - in der eigenen Umgebung uns all dem widersetzen, was an neofaschistischen Tendenzen immer noch oder wieder aufflammt. Die Bombe von München war hierzu wohl das deutlichste Fanal, aber es muß auch erschüttern, wenn wir davon hören, daß eben diese Auschwitz-Ausstellung von rechtsradikalen Gruppen in mehreren Orten gestört und in Berlin sogar teilweise zerstört wurde.

Ich erlaube mir an dieser Stelle einige unangenehme Fragen: Muß es erst eine Bombe sein, die 13 Menschen tötete, daß neofaschistische Tendenzen in der veröffentlichten Meinung nicht verharmlost werden? Warum gibt es immer noch 28 Prozent Bundesbürger, die nach einer Repräsentativumfrage "nicht an die fünf Millionen KZ-Opfer" glauben? Hier beginnt unsere ureigene Verantwortung, oder auch das, was man gemeinhin Zivilcourage nennt.

Diese Verantwortung und der Wille zur Versöhnung erstreckt sich nicht nur auf uns als einzelne. Auch Gemeinwesen wie Städte sind hierzu aufgefordert. Ich erinnere hier nur daran, daß wir jetzt immerhin schon vier bundesdeutsche Städte haben, die Partnerschaften mit polnischen Städten gegründet haben. Es sind dies die Städte Bremen mit Danzig, Göttingen mit Thorn, Hannover mit Posen und Nürnberg mit Krakau. Wenn es auch zumindest in einem Fall, in Nürnberg, nur mit großen Geburtswehen und "Bedenken" der Bayerischen Staatskanzlei "gegen den Vertragsinhalt" abging, sind dies dennoch Schritte zur gegenseitigenguten Nachbarschaft. Und auch Vereine wie das Bonner Studio für Kinder- und Jugendbalett, die DCB-Jugend oder auch die Falken können ihren Teil zu einer besseren Nachbarschaft beitragen.

Ich kann es nur begrüßen, daß ein Ballettstudio sich nicht nur der künstlerischen Arbeit verpflichtet sieht, sondern aktiv zu einer besseren Verständigung mit der Jugend anderer Völker beiträgt. Dazu dienen Jugendbegegnungen und Studienfahrten, gerade an die Stätte der ehemaligen Konzentrationslager. Denn: Es wird noch einige Zeit dauern, bis zum Beispiel das Bild der Deutschen in Polen bestimmt wird durch Jugendreisen und Begegnungen auf der Straße und nicht etwa dadurch, daß man sich an SS und KZ-Aufseher erinnert.

Dennoch muß hieran beharrlich gearbeitet werden, um Versöhnung oder auch Frieden dauerhaft werden zu lassen. Vielleicht kennen Sie alle hier das Wort Adornos, nach Auschwitz gebe es keine Gedichte mehr. Wenn man an den Bildtafeln hier vorübergeht, möchte man dem unwillkürlich zustimmen. Allerdings hat gerade Auschwitz und seine Entmenschlichung innerhalb der Häftlinge ein Maß an Menschlichkeit und Würde hervorgebracht, das es ebenfalls zu erwähnen gilt: Ich nenne hier nur Janusz Korczak, der mit den jüdischen Kindern seines Waisenhauses zusammen in das Gas ging oder auch Maximilian Kolbe, der anstelle eines Familienvaters in den Tod ging.

Gerade diese Ereignisse verdienen es nach meiner Überzeugung, ebenso erwähnt zu werden. Dies erleichtert wohl auch die Auseinandersetzung mit Auschwitz beziehungsweise läßt die Erinnerung nicht im Schrecken und Grauen und der Verdrängung dieses Schreckens steckenbleiben. (-/6.1.1981/hi/hgs)

Diese Ansprache hielt die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Frau Anke Fuchs, am 5. Januar anlässlich der Eröffnung einer Auschwitz-Ausstellung, die unter der Schirmherrschaft des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bis zum 23. Januar 1981 im Ausstellungsraum des Bonner Stadthauses gezeigt wird.

